

Breslauer



Beilage.

No. 196.

Mittwoch den 17. Juli

1850.

Telegraphische Korrespondenz für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, den 14. Juli. Eine telegraphische Depesche der Regierung meldet aus Madrid vom 12. 4 Uhr Morgens: „Die Königin von Spanien ist von einem tod-gebornen Knaben entbunden.“

(Passage de l'Opéra.) 5% 95; 92 1/2.
Kiel, den 15. Juli. Drei Bataillone Holsteiner sind in der Stadt Schleswig eingerückt. In Flensburg sind die Dänen und schieben ihre Vorposten vor. In Eckernförde sind die Holsteiner, sie haben in Torfschiffen unter dem Torf schwere Kanonen von Kiel aus nach Eckernförde durchgebracht. Hier sind 6 dänische und russische Kriegsschiffe, die übrigen längs der Küste.

Hamburg, den 15. Juli. Berlin: Hamburger 85 3/4. Köln-Minden 96. Magdeburg-Wittenberge 57 1/4. Nordbahn 41.

Frankfurt a. M., den 15. Juli. Nordbahn 43 1/2. 4 1/2 % Metal. 71 1/2. 5 % Metal. 81 1/2. Spanien 33 1/2. Badische Loose 32 1/2. Kurhessische Loose 32 1/4. Wien 100 1/8.

Uebersicht.

Breslau, 16. Juli. Der Abschluß des Friedens mit Dänemark hat die Diplomaten noch mehr in Bewegung gesetzt. Zwischen Dänemark, Bayern, Hannover und Sachsen finden fortwährend Verhandlungen statt, um sich über die Ratifikation und über die Stellung zu den Herzogthümern zu verständigen. Von den ersten drei Staaten wird es sich werden den Frieden ratificiren, von Sachsen sagt man, es habe ihn bereits ratificirt. — Viele Offiziere aus Berlin wollen nach Schleswig-Holstein, um dort ihre Dienste anzubieten.

Im Justiz-Ministerium zu Berlin arbeitet man gegenwärtig über einem Gesetzentwurf, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister.

An allen Orten Deutschlands bilden sich Vereine zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner. Am zahlreichsten und eifrigsten theilt man sich in den Rheinprovinzen; in der Provinz Sachsen und selbst in Pommern zeigt man reges Theilnahme. Auser Preußen ist man namentlich in Hannover dafür sehr thätig.

Aus Schleswig-Holstein kommen uns mannigfache Nachrichten zu, alle aber lassen vermuthen, daß vielleicht schon in diesem Augenblicke der Donner der Kanonen erschalle. Wir wollen die vereinzelten Nachrichten einzeln ordnen, um den Leser besser zu orientiren und geben es auch in Zukunft so zu halten. Zunächst wenden wir uns zu den abziehenden Preußen. Ein preussisches Infanterie-Regiment wird aus Hamburg rücken, um einen Theil der aus den Herzogthümern kommenden preuß. Truppen Platz zu machen. Dem General Gahn ist von den Schleswigern durch eine Deputation gedankt worden, eben so haben sämtliche preussische Truppen bei dem Abschiede die rührendsten Beweise der Theilnahme und der Anhänglichkeit der Schleswig-Holsteiner erhalten. Nicht minder hat aber auch General Gahn in seiner Abschieds-Rede das ehrenvolle Zeugniß für die wackere und loyale Gesinnung der Holsteiner und Schleswiger ausgesprochen.

Zu Rendsburg ist bekanntlich das Generalkommando, und diese hat an der schleswig-holsteinischen Grenze liegende Stadt somit der Centralpunkt der Kriegsoperationen. Der Anbruch von jungen Männern, die aus allen Gegenden der Herzogthümer hier unter der Fahne des Generals Willisen sich versammeln, soll jeder der Vorstellung sein. Nicht minder melden sich sehr viele deutsche Offiziere, (namentlich braunschweigische und hannoversche) zum Dienste in dem holsteinischen Heere. Das Generalkommando hat daher alle Hände voll zu thun, um alles zu organisiren und zu lociren, und die dortigen Mäuler sind voll von Anzeigen der Offiziers-Anstellungen. Außerdem macht das Generalkommando noch bekannt: daß alle bewaffnete Truppe an den Grenzen des Landes zurückgewiesen werden dürfen, zeigt aber zugleich die Bedingungen an: unter denen deutsche Soldaten und Unteroffiziere in das holsteinische Heer aufgenommen werden könnten. Rendsburg ist übrigens im Belagerungszustand und selbst für eine dauernde Belagerung vollständig versorgt. — Die schleswig-holsteinische Armee hat die Elbe überschritten und somit die Dänen aufgefodert, auch ihrerseits aus dem Norden oder von Alsen her vorzudringen. Die Dänen haben dies auch gethan und sind bereits in Flensburg, von wo sie ihre Vorposten weiter vorschieben. — Das Kriegstheater ist eröffnet. — In der Nacht vom 13. zum 14. Juli hat das sechste holsteinische Bataillon Eckernförde (also eine Stadt auf schleswig-holsteinischem Boden) besetzt. Eben so soll die Wismunde das drittste holsteinische Bataillon besetzt haben. In der holsteinischen und bei Eckernförde das 4te Jägerbataillon. — Stadt Schleswig sind drei holsteinische Bataillone eingerückt. — Schon haben die Holsteiner eine tüchtige Kriegsliste ausgeführt. Von dem Kieler Hafen (der bekanntlich als holsteinisch von den dänischen Schiffen nach den neuesten Friedensbedingungen noch respektirt werden muß) haben die Holsteiner auf Torfschiffen und unter dem Torf sehr schwere Kanonen nach dem Hafen von Eckernförde (schleswig-holsteinisch) geschmuggelt. Die That ist um so kühner und glänzender als vor und zwischen beiden Häfen 12 — 18 dänische und russische große Kriegsschiffe posirt sind, und die Dänen, hätten die List entdeckt, den Holsteinern über mitgeschleppt haben würden. Vor dem Abzuge des Generals Gahn sind noch 100 Mann Preußen kommandirt worden, die Fregatte „Gefion“ zu besetzen. Auf die Frage, ob einige zurückzukehren wollten, meldete sich auch nicht ein einziger; ebenso sprachen viele Offiziere aus, nach der Fregatte kommandirt zu werden. — Von der russ. Flotte liegen 3 Linienschiffe und 6 Fregatten nebst einer dänischen Fregatte vor dem Kieler Hafen, doch so, daß sie auch den Hafen von Eckernförde mit beschießen.

So wie jene preussischen Militärs in Schleswig-Holstein sich befinden, die ruhmwürdigste und zugleich erste Siegestrophäe Deutschlands zur See zu schenken, so hat auch die preussische Regierung alles gethan, um dieselbe als Eigentum Deutschlands zu bewahren. Die preussischen Kommissare haben bei der deutschen Zentral-Bundes-Kommission zu Frankfurt a. M. darauf gedrungen, daß sie als Eigentum des Bundes erklärt und nach einem Hafen der Ostsee gebracht werde.

In der Hauptstadt Alsen befindet sich jetzt der holsteinische Abgesandte Garbow, um gegen den dänischen Frieden zu protestiren und für die Herzogthümer einen Vertheilung zu errichten. — Die Koordination-Kammer zu München hat am 12. das Ausgabe-Budget be-

stimmig bewilligt. Das vorhandene Defizit muß nun, da alle Reduktions-vorschläge verworfen wurden, durch eine Anleihe gedeckt werden.

Der Großherzog von Hessen besucht den Herzog von Nassau. Möge er dort in der Anhänglichkeit an die Union gefestigt werden.

Zu Mainz haben am 11. Juli wieder sehr ernstliche Erösse stattgefunden, diesmal aber nicht gegen den Pluvverrein, sondern mit heftigem Militair.

Von der Zollkonferenz zu Rassel erfährt man blutwenig; heute nur soviel, daß sie sich auch mit dem Zoll-Verfahren auf den Eisenbahnhöfen beschäftigen wird. Dasselbe soll überall, womöglich auch in Oesterreich, auf gleiche Weise eingerichtet werden. Der Nachricht, daß Sachsen bei dieser Zollkonferenz feindselig gegen den Zollverein aufgetreten, wird widersprochen.

Bekanntlich war für den 15. Juli der alte sächsische Landtag nach Dresden einberufen worden. Der 15. Juli ist aber vorübergegangen, und man hat von dem Landtage auch nicht eine Spur gesehen. Man hofft, daß vielleicht in einigen Tagen ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer besammeln sich werde.

Nach einer telegraphischen Nachricht der Berliner „Reform“ ist am 12. Juli die Königin von Spanien von einem todtten Knaben entbunden worden.

Die österreichische Regierung hat beschlossen: daß, so lange Großbritannien auf dem bisher beobachteten Prinzip der Entschärfung-Forderungen besteht, keinem Engländer das Domizil in Ungarn zu gestatten. — Falls das gegenwärtige englische Ministerium gestürzt wäre, wollte das Wiener Kabinett gewisse Forderungen an das königlich-sardinische Kabinett stellen, und hatte, um sie zu unterstützen, Truppen an der piemontesischen Grenze konzentriert. Da jener Fall nicht eingetreten ist, werden die Truppen zurückgezogen. — Viele geglätteten verarmten sich jetzt in Wien, was dem Präsidenten zu Paris etwas bedenklich vorkommt.

Der bulgarische Aufstand ist im Wachsen. — Der Einmarsch türkischer Truppen in der Herzegowina wird erwartet.

Preußen.

Berlin, 15. Juli. Ihre königl. Hoheit die verwitwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin ist nach Como abgereist.

Die Ziehung der 1sten Klasse 102ter königl. Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung den 24sten d. M. früh 7 Uhr ihren Anfang nehmen; das Eingehen der sämtlichen 75 000 Ziehungs-Nummern aber, nebst den 3000 Gewinnen gedachter ersten Klasse, schon den 23sten d. M. Nachmittags 3 Uhr durch die königl. Ziehungs-Kommissionen öffentlich und im Beisein der dazu besonders aufgeführten hiesigen Lotterei-Einnahmer Stadtrath Seeger, Magdorst und Klage im Ziehungs-Saal des Lotteriehausees stattfinden.

C. B. Berlin, 15. Juli. [Die dänisch-deutschen Angelegenheiten.] — Zollkonferenz in Rassel. — General v. Gerlach. — Das Papiergeld. Der Friedensschluß mit Dänemark wird zu einem lebhaften diplomatischen Verleiden an den kleinen deutschen Höfen Veranlassung. Vorzugsweise wird in München der dänische Frieden lebhaft besprochen, und unter der Hand giebt man zu verstehen, daß man nicht ratificiren werde. Mit Hannover hat man sich diesbezüglich in Vernehmen gesetzt und dieser diplomatische Verkehr hat zur Zeit die Ratifikation verzögert. Man will jedoch hier davon unterrichtet sein, daß in Bezug auf die dänische Angelegenheit eine Versicherung des österreichischen und bairischen Bevollmächtigten in Frankfurt Punkt bezüglich der Meinungs-Außerungen aus Wien erhalten. Bayern wird sicherlich ratificiren. — Die sächsische Regierung soll den Frieden mit Dänemark bereits ratificirt haben. — An Hrn. Bunfen sollen neuerdings von hier aus Instruktionen ergangen sein, die unter vollständiger Billigung seines bisherigen Auftretens den Garantien des Gesamtstaates Dänemark gegenüber, ihn zu einem möglichst gemeinsamen Handeln mit dem österreichischen Gesandten auffordern. (2) Oesterreichischer Sitz hat man auch hier verstanden lassen, daß man sich ebenfalls seiner Londoner Konferenz gegenüber abweichend verhalten werde. (3) — Die Billigung des Bunsfenschen Auftretens hat, wie bekannt, ihre Gegner, und wären es auch vorzugsweise nur die Correspondenten der Neuen Preuß. Zeitung aus dem dänischen Lager. — Für diesmal hat die Agitation von dieser Seite gegen den Ritter Bunsfen keinerlei Früchte getragen. Diese Agitationen werden überhaupt immer fruchtloser werden, je feindseligeren Charakter sie tragen. — Das schleswig-holsteinische Heer hat auch von Berlin aus dem Vernehmen nach einen Zuwachs an brauchbaren Offizieren zu erwarten. Es werden verschiedene Männer, die früher dem preussischen Infanteriekorps angehört haben, als solche bezeichnet, die in diesen Tagen sich nach Holstein zu begeben gedenken, um sich als Volontäre dem General v. Willisen zur Verfügung zu stellen. Das Gerücht von der Nähe russischer Mannschaften zur Unterstützung der Dänen hat selbst in dem sehr beschränkten Kreise derer, welche die allgemeinen Sympathien für Schleswig-Holstein bisher nicht getheilt hatten, eine solche Sympathie geweckt. — Darüber, ob die preussischen Truppen, die sich bis jetzt in den Herzogthümern befanden, als Observations-Truppen im hamburgischen oder mecklenburgischen zurück zu halten oder in ihre früheren Garnisonen zurückgeführt werden, verläutet etwas Sicheres noch nicht. Der Ausmarsch, der vermuthlich schon begonnen hat, wird in großer Ruhe ohne Ueber-eilung stattfinden. In militärischen Kreisen nehmte man sich von einer energischen Antwort, mit welcher der Kriegeminister die Forderung der dänischen Regierung, den Ausmarsch der preussischen Truppen möglichst schnell zu bewirken, zurückgewiesen haben soll. Hr. v. Stöckhausen, erzählend Offiziere, habe dem dänischen Repräsentanten geantwortet: er denke nicht daran, einen überreifen Rückzug anzuordnen, der den preussischen Truppen nicht würdig sei; man werde Schleswig räumen, wie es sich für Truppen schicke, die nach abgeschlossenen Frieden den streich behaupteten Kampfplatz verlassen. — Unsere frühere Mitteilung, daß so wenig Sachsen, wie einige Blätter gemeldet hatten, als irgend eine andere Regierung den preussischen Vorschlägen zur Revision des Zolltarifs in Rassel entgegengetreten sei, wird jetzt aus Dresden halbamtlich bestätigt. — An Stelle des verstorbenen Generals v. Rauch, für welchen der General v. Gerlach schon

seit längerer Zeit provisorisch den Vortrag im Militärkabinett Sr. Majestät des Königs hatte, ist dieser Herr jetzt definitiv ge-nom-men. Neben ihm fungirt der in letzter Zeit mit vertraulichen Missionen beauftragte General v. Manteuffel, ein Vetter des Ministers des Innern. — Es ist davon die Rede, daß auch mit einigen nicht zur Union gehörigen Staaten Verhandlungen, betreffend die Außerscheidung ihres Landes-Papier-Geldes und deren Notifikation an Preußen, gepflogen werden.

[Vermischte Nachrichten.] Im Justizministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister ausgearbeitet worden. Derselbe wird un-verzüglich zur Berathung im Staatsministerium gelangen. — Der Abgeordnete der zweiten Kammer Weber ist durch seine Ernennung zum Kreisgerichtsrath seines Mandats gefählich ver-lu-stig gegangen, weshalb eine Neuwahl für die Kreise Salz-wedel und Gardelegen stattfinden wird. — Der bereits mit dem belgischen Konsulate beauftragte Kaufmann Anton Franz Machy zu Danzig ist auch zum s. sardinischen Konsul für sämtliche Häfen der Provinz Preußen ernannt und in die-ser Eigenschaft von der diesseitigen Regierung anerkannt worden. — Die Untersuchung wegen der zu Barmen am 9. Juni vorgefallenen Erösse hat ergeben, daß die verhafteten Arbeiter Wohlthat, Pauerkamp, Stauband und Eise zu die-ser Erösse nachdrücklich angezeigt und dieselben geleitet haben. Es sind daher durch Erkenntnis des Buchpolizeigerichts zu El-bersdorf vom 1. d. Mts. die drei Erstgenannten jeder zu sechs-monatlichem Gefängnis und einer Geldbuße von 15 Thlr., der Eise aber zu zweimonatlichem Gefängnis verurtheilt wor-den. — Das königl. Kammergericht hat auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme der Uebersetzungen des Romans von Eugen Sue „Die Geheimnisse des Volks“ für gerechtfertigt erachtet. — Am 12. d. M. kamen hier 1028 Personen an und reisten 925 ab. Unter den Angekommenen sind der k. großbritannische Oberst und Kammersekretär Downley von London, der Fürst Michael Stourdzja von Breslau; un-ter den Abgereisten der großbritannische Oberst und Kammer-sekretär Downley nach Wien. Am 13. kamen 769 Personen an und reisten 872 Personen ab; unter letzteren der Fürst M. Stourdzja nach Dresden. (C. C.)

[Eine neue Darstellung der zeitweiligen deutschen Politik in Berlin.] Die D. A. Z. enthält ein Schreiben aus Berlin, welches hinter die Schleier der Diplomatie und des Kabinetts sichere Blicke gethan haben will. Das Schreiben lautet:

Berlin, 13. Juli. Durch die meisten Blätter läuft die Nachricht, daß die deutsche Frage im preussischen Kabinett neuer-dings in einer großen Krisis gesteckt habe, und daß der Aus-gang der selben sei, daß die künftige bundesstaatliche Stellung des Ministeriums der zweifelhafte, diplomatische habe nach-geben müssen. Die erste wollte sofort die Reichsverfassung proklamiren, die definitive Regierung einsehen und das Parla-ment berufen, die andere dagegen nur bei dem Provisorium ver-harren, und sich unter der Hand mit Oesterreich und Rußland verständigen. Ja man kennt sogar die Führer: Minister Man-teuffel steht an der Spitze der ersten Partei, General Rado-witz vertritt die laue Politik. Letzterer soll dabei, Das sage man gewöhnlich durchblicken, nur die Willensmeinung einer höchsten Person ausgesprochen haben. Es ist immer schlimmer, wenn bei so bedeutenden Dingen sich falsche Meinungen in den Köpfen festsetzen, am meisten aber, wenn hierdurch gerade der Sache sehr geschadet wird, der man dienen will. So verhält es sich hier. Der Hergang ist nämlich ein ganz anderer. Der geschiedene und der angebrochene Abfall mancher Unionsregierung hat bei Vielen die Ansicht hervorgerufen, es lohne nicht der Mühe, sich ferner mit dem deutschen Bundesstaate zu befassen, Preußen habe nur Verdruss und Schaden dabei. Man solle daher die in Erfurt geschaffene Reichsverfassung aufheben und sich allenfalls mit den kleinen Regierungen, die noch bei Preußen Schutz suchen, über eine Art von neuem Bündnis verständigen. Damit wird zu-gleich der Forderung der österreichischen Regierung gewillfahrt, man erde die gescheiterten Streitigkeiten und kann dabei noch für Preußen manchen Vortheil eintauschen. Dies war die eine der beiden Meinungen, die sich geltend machte. Dieser trat nun die andere gegenüber, die darauf hinausgeht, daß man im jetzigen Augen-blick zwar noch nicht den Bundesstaat auszuführen im Stande sei, weil es nicht wenige deutsche Regierungen giebt, die da wollen, aber nicht können. Aber Preußen muß fest daran halten, wog-e es sich anheischig gemacht hat. Was man im Augenblicke noch nicht durchführen kann, Das soll man aufheben, bis eine bessere Zeit kommt und sich davon durch nichts abbringen lassen. Die Forderungen der österreichischen Kabinets müssen daher ent-schieden abgewiesen werden. Diese Meinung hat wirklich Herr v. Radowitz verfochten; wie viel man auch gegen die Antecedenten dieses Mannes einwenden mag, Das ist sicher, daß er die große Stütze der deutschen Sache in Preußen ist und daß er daran alle seine großen Geistesgaben gesetzt hat. Wer aber den Aus-schlag gegeben hat, das ist der König selbst und dieses Lob darf ihm nicht verkümmert werden. Er geht bei seinem festen Vorsatz, seine Pflicht gegen das deutsche Volk zu erfüllen, Hand in Hand mit dem Prinzip von Preußen, und Dies macht fael gegen die Widersacher, sowohl außerhalb als innerhalb Preußen. Dies ist der wirkliche Hergang der so viel besprochenen Sache. Wer es besser zu wissen glaubt, der versuche so zu widersprechen!

B. Lissa, 14. Juli. [Prozessverhandlungen gegen den Bürgermeister Kuhn aus Bentschen wegen Majestäts-beleidigung.] Die Verhandlungen des hiesigen Schwurgerichts bieten diesmal so viele bemerkenswerthe Momente dar, daß ich mich darauf beschränken muß, die wichtigsten derselben etwas aus-führlicher zur Kenntniß der geehrten Leser Ihrer Zeitung zu brin-gen. Am Schluß der Session behalte ich mir vor, ein Resümee der sämtlichen zur Erledigung gekommenen Anklagen einzufen-den. Am gestrigen Tage fand der frühere Bürgermeister Kuhn aus Bentschen vor den Schranken des Gerichts. Der Prozeß ist unstreitig einer der wichtigsten in der neueren Kriminal-Rechts-pflege und die ihn begleitenden Umstände möchten leicht von folge-wichtiger Bedeutung für jene sein.

Der Angeklagte gehört seinem Wohnsitz nach vor die Gerichts-barkeit des Kreises und Schwurgerichts zu Merseritz, hat das Letztere jedoch perhorreirt und ist mittelst Verfügung des Appel-

lationsgerichts zu Posen vor das hiesige Kreis- und Schwur-Gericht verwiesen worden. Er steht unter der Anklage der Ma-jestätsbeleidigung, auf Grund einer Immediat-Vorstellung, die er unter dem 13. März v. J. an St. Majestät gerichtet, und in welcher Beschuldigungen des Königs vorkommen, die wir in diesem Referate wiederzugeben Anstand nehmen. Er verlangt schließlich, wenn das Blut Friedrichs des Großen in den Adern des Königs fließe, den Befehl zu seiner Unterfuchung wegen Majestätsbeleidigung; was er hier behauptet, wolle er dann vor den Schranken des Gerichts öffentlich beweisen. Die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten ist durch die amtlichen Gutachten dreier Kreisphysici außer Zweifel gestellt. Der Physikus des Trausfader Kreises ist während der öffentlichen Verhandlungen zugegen und giebt sein Gutachten in öffentlicher Gerichtsverhandlung vor den Geschworenen ab. Die öffentliche Anklagestelle vertritt der Staatsanwalt Schottki, als Vertheidiger des Ange-klagten erscheint der hiesige Rechtsanwalt Stiebert.

Nach Verlesung der Anklageakte und der ärztlichen Gutachten beginnt der Angeklagte, mit Hilfe einer ausgearbeiteten Verthei-digungsschrift, seine Auslassungen, die neben einer Darlegung seiner Lebensverhältnisse, darauf hinausgehen, daß er durch Druck und Verfolgung seiner vorgesetzten Behörden und durch die Zurückweisung mit allen seinen Anträgen, um sich Recht und Gerechtigkeit zu verschaffen, zu einem solchen Schritte, der den Gegenstand seiner Anklage bildet, den er jedoch wohl überlegt, und dessen er sich vollkommen bewußt ist, geführt worden sei. Der Angeklagte bewegt sich bei dieser Auslassung in einer Menge von paradoxen Hypothesen, die neben logisch richtigen Schlussfol-gerungen, die er daraus zieht, doch jedenfalls die Thatfache kon-statiren, daß er in der Ueberschätzung seiner Kenntnisse, Fähig-keiten und Verdienste befangen, von ganz irdigen Voraussetzungen ausgehe, und daß insbesondere seine idealen Begriffsanschauun-gen, wie gewöhnlich, die Halbgebilde, den Egoismus, aber auch ein sehr reizbares Temperament und eine gedrückte äußere Lage, zur Quelle haben. — Der Staatsanwalt begründet die Anklage auf Majestätsbeleidigung, indem er vornehmlich auf das übereinstimmende, amtliche Gutachten dreier Physici Gewicht legt, und daß der Angeklagte sich auch noch gegenwärtig für seine Handlung als nicht schuldig und strafbar erachtet. Der Vertheidiger des Letzteren will jedoch principaliter die Zurech-nungsfähigkeit des Letzteren bei Abfassung und Abendung des Schreibens in Zweifel gezogen wissen, eventualiter aber die Handlung mit der verzeihungswollen Lage des Angeklagten, mit seiner kranken Empfindlichkeit noch so vielen erlittenen Unbilden und Zurückweisungen, die er theils in seiner eignen mündlichen Auslassung heute aktenmäßig darzulegen, die sich andererseits aber auch immer mehr bei seinem aufregten Zustande in ihm fihirt haben mögen, rechtfertigen. Nach einem kurzen Resümee der Verhandlungen durch den Präsidenten des Gerichtshofes erfolgt die Fragestellung an die Geschworenen nach § 20 des Gesetzes vom 3. Januar 1849. Nach einstündiger Berathung erklä-ren diese den Angeklagten einstimmig für nicht schuldig, wegen Mangels an Zurechnungsfähigkeit. Auf Grund dieses Verdicts erkennt der Gerichtshof den Angeklagten von der wider ihn erhobenen Anklage entbunden und aus der Haft entlassen.

Der Staatsanwalt beantragt nunmehr, da die Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten nach dem Verdict der Geschwo-renen zweifellos feststehe, denselben in der Haft zu deten-tiren, demnachst an die ihm zuständige Dispolizei-behörde Behufs Ueberweisung an eine Irrenanstalt abzuliefern, da der Gerichtshof nicht, wie er erwar-tet, den Angeklagten vor ein neu zu bildendes Schwur-gericht gestellt habe. Der Präsident des Gerichtshofes er-klärt hierauf, daß, nach dem oben allegirten Gesetze vom 3. Ja-nuar 1849, dem Gerichtshof nicht das Recht zustehe, zum Nach-theil des Angeklagten an eine neue Jury zu appelliren. Was den Antrag auf Detention betreffe, so werde der Gerichtshof den-selben in Berathung ziehen. Nach etwa 21 Minuten ver-lündet der Präsident: da nach dem Gesetze die Geschwo-renen ihren Wahrspruch nicht zu begründen haben, die geschiedene Begründung also von dem Gerichtshofe als nicht geschehen zu erachten ist, so fällt die Annahme der Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten auf Grund der ärztlichen Gutachten weg; dem Antrage des Staatsanwal-tes kann also nicht Statt gegeben werden und der Ange-klagte sei sofort seiner Haft zu entlassen.

Stettin, 14. Juli. [Die Reife des Herrn Ministers v. d. Heydt in den Hieser-Provinzen ist auf 6 Wochen berech-net, wenn nicht unvorhergesehene Umstände eine Verhütung er-zeihen. Von Swinemünde wird derselbe zuerst nach Vorpom-mern gehen. (Off. B.)

Köln, 13. Juli. [Für Schleswig-Holstein.] In Elberfeld hat die Sammlung von Beiträgen für Schleswig-Holstein bereits begonnen; wir finden heute in der „Elberfelder Zeitung“ die ersten Veröffentlichungen derselben. Es erscheinen sowohl einmalige Summen gezeichnet, — einige mit dem Zu-satz: „Wenn die wackeren Leute noch mehr haben wollen, so mögen sie es nur sagen, dann greifen wir noch einmal in die Tasche“ — wie auch bleibende Stabsortel-Vereine gegründet, in welchen jedes Mitglied sich verpflichtet, gleich von der Bil-dung des Vereins an für die Dauer des Krieges wöchentlich wenigstens einen Silbergroßen beizutragen. Außerdem wird künftigen Montag die Schillingkugle ein großes Konzert auf der Wilhelmshöhe veranstalten, dessen Gesamtbetrag für Schleswig-Holstein bestimmt ist. — In Köln — wo die aus den Kammern bekannten Herren v. Ammon, Bürgers, Claes-sen, Compes, Geuffer und Schmid als Ausschuss an der Spitze des Vereins stehen, hat gestern eine zweite vorläufige Versammlung stattgefunden. Man ist in derselben übereinge-kommen, durch den Ausschuss sich mit dem Comité in Kiel (Adresse D. Karl Lorenzen) sich sofort in Verbindung zu setzen, auch Zeichnungen von eventuellen Beiträgen bereits entgegen-nehmen zu lassen, öffentlich aber erst hervorzutreten, wenn das zu erwartende Scheitern der Hoffnungen auf friedliche Verfüh-rung zur gewissen Thatfache geworden und der neue Krieg zum Ausbruch gekommen sein wird. Briefe und Anfragen aus ver-schiedenen Städten der Rheinprovinz laufen ein, daß sehr zahlreich in allen Gegenden der Provinz Hilfsvereine werden

gebildet, oder doch mindestens ihre definitive Bildung hinreichend wird vorbereitet werden, um ohne allen Zeitverlust auf die erste Nachricht des Kriegsausbruches sofort würdig an den Tag treten zu können. (Köln. Z.)

Nach der „Köln. Ztg.“ sind in Hannover bereits eine große Anzahl von Hilfsvereinen für Schleswig-Holstein gegründet. Professor Düncker aus Halle befindet sich mit dem schleswig-holsteinischen Abgeordneten Schleiden in Hannover, um diese Angelegenheit persönlich zu betreiben. An unsere preussischen Abgeordneten sollen briefliche Einladungen ergangen sein, sich der großen Sache anzunehmen, und wie wir hören, regt sich selbst in den größeren Städten Pommerns, wo man unter dem unglücklichen Kriege doch so schwer gelitten hat, bereits die eifrige Theilnahme.

Halle, 13. Juli. Hier, wie am Rheine, bilden sich Hilfsvereine für Schleswig-Holstein; die Redaktion des hiesigen Couriers kann die erste Ankündigung, daß sie Beiträge annehmen werde, mit der Nachricht begleiten, daß im Stillen schon 50 Bbl. an sie eingezahlt seien. (Konst. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 13. Juli. [Gefion.] Wir hören mit großer Befriedigung, daß die preussischen Kommissare einen Beschluß der Central-Kommission erwirkt haben, welcher alle Befürchtungen niederlegt, die man aus Veranlassung der preussisch-dänischen Friedensschlüsse für das Schicksal der „Gefion“ gehegt hatte, und die in theilweise sehr bestimmt formulierten Versionen hier umfassen. Die Gefion soll, jenen Beschluß zufolge, vollständig bemannt und sobald als möglich aus dem edersförder Hafen heraus und nach einem deutschen Mittelhafen gebracht werden, und es sind an den Befehlshaber unserer Flotte, Admiral Brommy, bereits die nöthigen Befehle deshalb ergangen. (D. Z.)

Se. königl. Hoheit der Großherzog von Hessen ist auf der Reise zum Besuch Sr. Durchlaucht des Herzogs von Nassau in Wiesbaden heute Mittag durch die hiesige Stadt gekommen. (D. P. A. Z.)

München, 12. Juli. Heute verhandelte die Kammer der Abgeordneten über die definitive Vorlegung des Ausgabenbudgets. Das sich ergebende Defizit wollten Kolb und einige andere Abgeordnete durch entsprechende Reduktionen der Staats (z. B. Streichung der Umlasse des Königs Otto, Zurückführung des Herr-Stats auf den Stand der fünfzig Finanzperiode etc.) decken. Der Ausschuss schlägt bekanntlich dafür eine neue Anleihe vor. Die Reduktionen wurden mit nicht sehr erheblichen Majoritäten verworfen. Damit war die definitive Abstimmung über das Budget bemißt. (A. Z.)

München, 13. Juli. [Verschiedenes.] Der hiesige Arbeiterbildungsverein ist nunmehr auch geschlossen worden, und dessen Organ, der ultraradikale „Gedankens“, wird in Folge der häufigen Beschlagnahmen, wohl in Kürze zu erscheinen aufhören müssen. — Gegenwärtig befindet sich eine Deputation aus Schleswig-Holstein, an deren Spitze Herr v. Harboer steht, hier, um bei unserer Regierung Schritte zur Abwendung des preussisch-dänischen Friedens zu thun, oder auch einen Werbeplatz hierher legen zu dürfen. Auch Herzog Wilhelm von Holstein-Glücksburg befindet sich seit einigen Tagen in unserer Stadt.

Mainz, 12. Juli. [Ereignisse.] Es haben gestern Abend sehr bedeutende Ereignisse stattgefunden, nach dem ultrakonservativen Mainzer Journal gegen die hiesigen Soldaten, nach der radikalen Mainzer Zeitung durch die hiesigen Soldaten. Gewiss ist nur, daß der Platz vor der Hofkaserne durch österreichische und preussische Militär besetzt werden mußte, nach der ersten genannten Quelle, um das Andringen des Volkes gegen die Kaserne, nach der zweiten Quelle, um das Herausgehen der Soldaten zu verhindern. Es ist theilweise vom Bajonnet und Seitengewehr Gebrauch gemacht. Ein, wie es scheint, sehr unparteiischer Bericht, in der Rheinischen Zeitung tritt ganz auf Seite der Mainzer Zeitung, und bedauert, daß, während die Desterreicher und Preußen eine ausgezeichnete Führung beobachteten, bei den hiesigen Truppen das grade Gegentheil der Fall ist. (Ref.)

Kassel, 13. Juli. [Zollkonferenz.] Die Dauer des künftigen eröffneten Zollkongresses dürfte sich, allem Vermuthen nach, auf wenigstens drei Monate erstrecken, da sich dessen Geschäftsbefähigung nicht auf die Regelung der Zollsätze beschränken wird. Einen anderen Hauptgegenstand der Verhandlungen soll die Zollbehandlung auf den Eisenbahnhöfen bilden, in deren Betreff mögliche Gleichförmigkeit in allen deutschen Bundesstaaten, Desterreich mit inbegriffen, erstrebt werden wird. (E. M.)

Dresden, 15. Juli. [Vom alten Ständelandtag.] Heute ist nun der verhängnisvolle 15. Juli, zu welchem der alte Ständelandtag einberufen ist, nachdem er bereits einmal am 1. Juli zusammengetreten sollte. Wie wir bereits bei Gelegenheit der Einberufungsverordnung vorausgesagt haben, so ist es gekommen; der 15. Juli ist eben so still und resultatlos vorübergegangen, als der 1. Juli, und noch hört man nicht einmal etwas von Vorbereitungen, die zum Empfang der Herren getroffen werden, welche Sr. Majestät am 17. November 1848 „zum letzten Male“ um sich vereinigt gesehen hat. Indes wird in den nächsten Tagen doch eine Einweisungskommission sich konstituieren und einige Herren der ersten Kammer sprechen die leise Hoffnung aus, daß im Laufe der nächsten Woche schon vorbereitende Sitzungen, wo nicht gar die feierliche Eröffnung werde vor sich gehen können. Die Eröffnung, wenn sie nämlich stattfinden, und dies wird immer wahrscheinlicher, wird nicht mehr, wie in den letzten Jahren, im Landhause, sondern wie ebendort im Thronsaal des kgl. Schlosses vor sich gehen. Die Demokratie scheint plötzlich die Rolle des passiven Widerstandes aufzugeben zu haben; wenigstens ist es von Demokraten, welche noch neuerdings von den allerabstumpften Vätern mit großer Auszeichnung genannt wurden, ganz noticeably, daß sie sich einfinden und wohl auch an dem Landtage Theil nehmen werden. Dr. Joseph von Lindenau bei Leipzig, dem die Witsche erst vorgestern zugegangen ist, traf heute bereits hier selbst ein; er war stets der Berater und Führer der Bauern auf den früheren Ständeversammlungen und Landtagen, und sein Einfluß auf dieselben soll auch heute noch ziemlich mächtig sein; eine Anzahl Bauern ist aber sicherlich gut ministeriell geworden. Mit Spannung sieht man dem Verhalten der Linken entgegen; auf eine erfolgreiche Opposition gegen die Regierung können sie nur dann rechnen, wenn sie ihre demokratische Feindseligkeit gegen Preußen und das Unionwerk aufgeben, denn in der deutschen Politik erlangt das Ministerium auch von den alten Ständen, weder von der ersten noch von der zweiten Kammer nimmermehr ein Bestimmungsbrot. — Schon vor längerer Zeit habe ich Ihnen gemeldet, daß der Bischof von Bauen, Hr. Dietrich, bestimmt erklärt habe, er werde nicht mehr in die erste Kammer eintreten. Diese hier vielfach bezweifelte aber von der offiziellen Presse nicht angefochtene Nachricht bestätigt sich vollkommen. Das Bausener Domkapitel ist aber nimmer in Abwesenheit des Bischofs zu einer förmlichen Wahl geschritten und hat den Herrn Schafsticker und Domherrn Prehnst zu seinem Vertreter in der ersten Kammer ernannt. Die Leipziger Universität scheint die Wahl bestimmt zu verweigern.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten. Hamburg, 14. Juli. [Diskussion der preussischen Truppen.] Dem hier stehenden preussischen 15ten Linien-Regiment ist gestern beim Appell bekannt gemacht worden, daß es sich zum 23. d. M. marschfertig halten soll, indem es nach Preußen verlegt werden würde. An seine Stelle wird eines der beiden aus Schleswig zurückkehrenden preussischen Infanterie-Regimenter einquartiert werden. Die anderen preussischen Truppen dürften in der Nähe Hamburgs Quartier finden. (Ref.)

Schleswig, 14. Juli. Nachdem die Deputation aus Schleswig dem General v. Hahn heute ein freundliches Lebehoch und ihren herzlichsten Dank durch ihren erwählten Sprecher den Dr. Hansen, mit wenigen Worten für das Benehmen und Verhalten in schwerer Zeit ausgesprochen hatte, nahm der sichtbar ergriffene General das Wort. Er dankte für die ihm bewiesene Freundlichkeit, müsse aber bemerken, daß er nur nach der ihm von seiner Regierung erteilten Instruktion verfahren sei, daß also der Dank seiner Regierung zukomme. Wer zweimal wie er für unsere Sache mit in den Kampf gezogen, wer die Verhältnisse des Landes und des Volkes so kennen gelernt habe, der könne unmöglich anders handeln, als er es gethan habe, wozu sein Inneres ihm deshalb auch getrieben. Er wünsche uns bald einen ehrenvollen Frieden.

Nachricht. So eben verläßt uns unter Major Bosse das Füsilier-Bataillon des 7. preussischen Regiments, begleitet von den freundlichsten Wünschen der hiesigen Bewohner. (H. E.)

Kendeburg, 13. Juli. Der Oberstleutnant v. d. Tann ist zum Obersten und Chef des Stabes in der schleswig-holsteinischen Armee ernannt. Der preussische Oberstleutnant a. D. v. Gerhards übernimmt als Oberst der Infanterie das Kommando der Avantgarde-Brigade. Zu Oberstleutnant sind ernannt: Die Majore von der Infanterie J. F. v. Hedemann, J. H. W. v. Lange, C. F. D. v. Knobbe, W. E. Th. v. Thalvitz, J. W. G. A. v. Markonitz, J. C. H. v. Springborn und F. W. L. v. Grotthaus; von der Artillerie H. C. Prigels und C. Th. Seweloh; von der Kavallerie C. v. Buchwaldt; im Ingenieurkorps C. F. W. v. Jeps. Der braunschweigische Premier-Lieutenant a. D. v. Stutterheim wird bis zu seiner definitiven Anstellung als Hauptmann dem Kommando der Avantgarde-Brigade zur Dienstleistung als Generalstabs-Offizier überwiesen. (H. E.)

Ein starker Zudrang von Offizieren findet bei dem General-Kommando statt, und viele braunschweigische und hannoversche Subalternoffiziere sind als Volontäre eingetreten. Kendeburg befindet sich definitiv im Belagerungszustand, wenn solches auch nicht formell ausgedrückt ist; es ist auf 7 bis 8 Monate proviantirt und die Kontrolle an den Thoren der Festung ist sehr streng. Eine bedeutende Anzahl Proklamationen ist erlassen, in Betreff der Truppenverpflegung, wozu ein Komitee ernannt worden, das seinen Sitz in Neumünster aufgeschlagen. (Reform.)

Vom Departement des Krieges ist folgende Bekanntmachung erschienen: Um allen Fremden Anzeigen zu beugen, wird hiermit bekannt gemacht, daß keine Art von bewaffneten Zugängen, weder unter welchem Namen es auch sei, hier angenommen wird, deren Zurückweisung vielmehr an der Grenze zu gemäßen ist. Nur gebante Unteroffiziere und Soldaten aus deutschen Armeen bis zum Lebensalter von höchstens 35 Jahren werden hier zugelassen und auch nur dann, wenn der sich Meldende 1) ein Entlassungs-Dokument, so wie einen Attest der heimathlichen Behörde, daß er seiner Militärpflicht genügt habe, oder als von derselben entbunden zu betrachten sei, und 2) unvorbedachte genügende Zeugnisse über sein bisheriges Wohlverhalten vorbringt; 3) vom Militärarzte als dienstfähig befunden wird; 4) sich durch Handschlag, an Eidesstatt, verpflichten will, treu und redlich bis zum Ende des Krieges zu dienen und alsdann seiner Entlassung ohne weiteren Folge zu leisten. Die Eingestellten beziehen daselbst Gehalt, wie das hiesige Militär, und diejenigen, welche im Dienste invalide werden, haben Anspruch auf die landesgesetzliche Pension. Dagegen stehen sie in jeder Beziehung in den Pflichten und unter den Verordnungen der schleswig-holsteinischen Armee. Kavaleristen können nicht placirt werden. Die Betreffenden haben sich an die Kommandantur in Altona zu wenden, die hinsichtlich der Annahme oder Abweisung instruiert und autorisirt ist. Kiel, den 12. Juli 1850. Das Departement des Krieges. Krohn, Seweloh. — Die verschiedenen auswärtigen Redaktionen werden ersucht, diese Bekanntmachung in ihre Blätter aufzunehmen.

Schleswig, 13. Juli. Ein Kommando von 100 Preußen marschirte heute nach Eckernförde, um die Gefion zu besetzen. Aufgefordert oder auch der Eine oder Andere aus irgend einem Grunde lieber zurückbleiben wollte, meldete sich Niemand. Sehr viele Offiziere haben den Wunsch gehabt, dorthin kommandirt zu werden. Die Matrosen haben theilweise das Schiff verlassen, weil sie angeblich unter dem entfaltenen preussischen Adler nicht dienen wollen, obwohl die Preußen nicht als Preußen, sondern als Deutsche das Schiff besetzt haben.

Von der Niederelbe, 14. Juli. Wir können Ihnen mittheilen, daß die Besetzung von Eckernförde durch das hiesig-schleswig-holsteinische Bataillon diese Nacht erfolgt ist. Auch bei Miffunde, woselbst eine Brücke geschlagen wird, soll das 2te Jägerkorps und bei Gortorf das 4te Jägerkorps Posto gefaßt haben. Reisende, die heute aus Kendeburg kommen, versichern, daß der Zubring von Permittenten und Freiwilligen aus dem äußersten Norden Schleswigs als zum Voraus angestellten Berechnungen weit hinter sich zurücklassen soll. (Ref.)

Kiel, 14. Juli. Seit gestern liegt die russische Flotte, bestehend aus 3 Linien Schiffen und 6 Fregatten, auf der Höhe von Büd, also am Eingange des Kieler und Eckernförder Hafens. Bei ihnen ist eine dänische Fregatte. Ob dieses eine Demonstration sein soll, welche man gerade an diesem Punkte der schleswig-holsteinischen Küste für angemessen hält? Jedenfalls würde dieselbe ihren Zweck völlig verfehlen, da man sich durch bloße Demonstrationen nicht einschüchtern lassen wird und überdies eine Flotte ohne Landungstruppen keine Bedeutung hat. Gervinus hat sich längere Zeit hier aufgehalten; man glaubt in ihm den Verfasser eines Artikels in der konstitutionellen Zeitung zu erkennen. (H. E.)

Kopenhagen, 12. Juli. Die Berlingske Zeitung enthält das bereits vom Hrn. d. datirte Gefes in Betreff der Ausschreibung für den Landkriegsdienst für das Jahr 1851, wonach alle dienstpflichtigen Wehrpflichtigen für die Linie des Heeres ausgeschrieben werden sollen. — Heute wird uns die ganze junge Mannschaft (Altersklasse 1827) verlassen, um zum Heere zu stoßen.

Defterreich. N. B. Wien, 15. Juli. [Tagesbericht.] In den neuesten Militärberichterstattungen führt man an: die Generalmajore Lederer, Grünne, Korderer, Siehler, Kolowrat und Heringer zu Feldmarschallleutenants, und die Obersten Cerini, Favancourt und Schmeering zu Generalmajors. — Der Vorschlag über die neu zu organisierende Polizei soll bereits vom Kaiser genehmigt sein, und nächsten Monat ins Leben treten. — Es heißt, daß unser Kabinett die Engländer bei der vorzunehmenden Colonisation in Ungarn ausschließen werde. Hierzu dürfte die von den Engländern bei den letzten Ereignissen in Ungarn gespielte Rolle Veranlassung sein. — F.M. Haynau erties am 11. Juli einen Armeebefehl, worin er den Soldaten der III. Armee seinen Dank ausspricht, und dem wir folgende Stelle entnehmen: „Zwar herrscht Friede jetzt, und nur der Friede allein kann bald die schweren Wunden heilen, welche unserem großen Vaterlande durch die beispiellosen Anstrengungen einer verruchten Unstörpartei geschlagen wurden, aber noch ist er nicht völlig gesichert, noch stehen drohende Gewitterwolken am Horizonte der Völker und Staaten, welche sich plötzlich entladen, und Stürme, gewaltiger als die vergangenen, bringen können. Diese müssen Euch geküßt finden, denn Eurer Treue, Tapferkeit und Disziplin ist die Ruhe und Ordnung, Größe und Selbstständigkeit der Monarchie anheim gegeben und erst wenn Ihr unsern gemeinsamen Vaterlande den Genuß dieser Güter dauernd gesichert habt, kann die von Eurer Kaiser und Herrn

anvertraute Aufgabe als vollkommen erfüllt angesehen werden.“ — Bismarck übereinstimmend wird als nächste Veranlassung zur Entsendung Haynaus erzählt, daß nachdem ihm wiederholt der Befehl zugekommen, die Urtheile über die ungarischen Exekutierten zur Ratifikation nach Wien zu senden, er die völlige Begnabigung von fünfundsiebzig derselben eigenmächtig ausgesprochen habe. Damit stimmen auch frühere Berichte überein, welche dem abgetretenen Gouverneur, die dringliche Veranordnung verschönliger Maßregeln an das Herz legten. — Von der piemontesischen Grenze wird berichtet, daß die österreichische Truppenkonzentration daselbst wieder eingestellt sei, was Turiner Blätter mit dem Verbleiben des Palmerston'schen Ministeriums in Zusammenhang stellen wollen. Man erwartet es in Turin als ausgemacht, daß beim Sturze jenes Kabinetts gewisse, darum aber nicht aufgegeben Forderungen des Wiener Kabinetts mit größerm Nachdruck betrieben werden würden. — Der Herzog v. Nagaya wird morgen hier erwartet, außerdem befinden sich viele legitime Notabilitäten in Wien, was dem Vernehmen nach die französische Regierung beunruhigen soll. — Man hört, daß unsere Regierung mit der Pforte in Unterhandlung steht, hinsichtlich der Errichtung eines Kanals zwischen der Donau und dem schwarzen Meere.

Gestern ist der kaiserliche Justizminister Graf Viktor Panin aus St. Petersburg auf seiner Reise nach Frankreich und Italien mit seiner Gemahlin und 5 Töchtern und Alexander Freiherr v. Bailly, k. k. geheimer Rath, von Frankfurt a. M. hier angekommen und Karl von Cjörnig, k. k. Sektionschef und Ministerialrath, nach Marienbad abgereist. (O. C.)

Der Vladika von Montenegro ist am 4ten d. M. auf dem Dampfer „Crembo“ von Triest sammt Gefolge in Cattaro eingetroffen und hat Tage darauf seine Reise in die Heimath fortgesetzt. Es verbreitet sich das Gerücht vom Einmarsch regulärer türkischer Truppen in der Herzegowina, auch sollen schon die nöthigen Verfügungen hinsichtlich der Unterdrückung und Verköstigung derselben ergoffen worden sein.

Italien. * Florenz, 10. Juli. Nach dem „Conservatore“ wird die Entschädigungsforderung Englands an Rossana nächsten ein Gegenstand ernsthafter Interpellation im englischen Unterhause werden. — Zwischen den Mauern zweier Dorfschaften bei Lucca ist es zu einem blutigen Raufhandel gekommen.

* Neapel, 2. Juli. Ein spanischer Dampfer ist hier eingelaufen, welcher den spanischen Gesandten, der gegen die Vermählung des Grafen v. Montemolin mit einer königlichen Prinzessin Protest eingelegt haben soll, aufzunehmen bestimmt sei.

* Turin, 12. Juli. Gestern hat der Senat das Antihengesetz von 6 Millionen Rente mit 49 gegen 4 Stimmen angenommen.

Frankreich.

* Paris, 13. Juli. [Tagesbericht.] Der große Wurf ist also gethan! Mit dem fünften Pressesetz, das seit 1848 das Licht der Welt erblickt hat, ist die radikalste Revolution in den Journalismus eingeführt worden, die derselbe seit seiner Existenz nur irgendwo und irgendwann erlebt hat; jeder Verfasser eines Artikels muß denselben persönlich unterzeichnen. Es wurde wohl hin und wieder gesagt, das Ministerium werde jetzt das mit dem der Zeitung'schen Amendement ausgestattete Gesetz zurückziehen, der Ausschuss werde gegen dasselbe sprechen, die Majorität werde es zuletzt verwerfen. Nichts von alledem ist geschehen oder nur wahrscheinlich geblieben; das Gesetz, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird noch heute votirt werden. In dieser Voraussicht stimmen alle Journale mit Ausnahme einiger Oppositionsblätter heute Morgen ein wahrhaft harmonisches Konzert von bitteren Kritiken, Verwünschungen und Drohungen gegen die Nationalversammlung und die Regierung an. Es ist nichts weniger als eine Revolte der ganzen gemäßigten Presse. Die „Union“, ein sonst sehr gemäßigtes legitimistisches Blatt, das als Berryer's Organ stets nur Versöhnlichkeit und Nachgiebigkeit predigt, hat gestern schon das neue Pressesetz mit dem Namen „Das Gesetz des Hasses“ getauft, der bei den anderen Journalen Glück zu machen scheint. Heute spricht sich die „Union“ folgendermaßen aus: „Die Majorität hat ihre Schiffe hinter sich verbrannt und der Presse einen Krieg auf Leben und Tod erklärt. Krieg also, ihr Herren! Gut! Krieg ohne Erbarmen gegen diese bisherige Freundin, diese demüthigte Magd eures Rufes, eurer Stellungen und eurer Erfolge, ein Krieg Undankbarer, schlechter Söhne und Muttermörder gegen diese Presse, welche die Mutter, die Amme und die Beschützerin der meisten unter euch war. Sei es uns wenigstens gestattet, euch eine letzte Warnung zu geben und unserselbst auch dem durch die Unversichtigkeit des Votums besetzten anonymen Feind zuzurufen: „Stoße zu, aber höre!“ Diese Art von Gesetz, die ihr da macht, wird illusorisch und ohne Wirkung sein. Ihr habt wohl begriffen, daß die Presse, um etwas Ernsthaftes und Respektables zu sein, wie der Ausdruck eines Kollektivgedankens erscheinen muß. Ihr habt eine gefährliche Feindin in ihr gesehen und ausgerufen: „Sie sterbe!“ Ihr habt euch getäuscht. Die Presse wird ein Kollektivwesen bleiben; denn die Presse ist alle Welt und stärker als Jeder; sie wird immer in ihrer unerschöpflichen Kraft eure lächerlichen Eintagsnemnisse durchbrechen. Man hat es schon früher gesagt, die Presse ist ein Amboss, der schon manchen Hammer abgenutzt hat. Sie ist noch nicht am Leben.“ — Bemerkenswerth ist der Umstand, daß gerade diejenigen Journale, welche die Regierung am eifrigsten unterstützen, sich am entschiedensten gegen das Gesetz in seiner jetzigen Fassung erheben. Das „Pouvoir“ u. a. läßt sich folgendermaßen darüber aus: „Wir fragen uns, ob die Nationalversammlung und das Ministerium wohl an den Umstand denken, daß das Pressesetz seit der Annahme des v. Linguy'schen Amendements der Ordnung einen schweren Stoß verleiht, indem es den Präsidenten der Republik notwendiger und wirksamer Stützen beraubt.“ Die Verfassung muß revidirt werden, dies ist offenbar; und die öffentliche Meinung spricht sich mehr und mehr für die Verlängerung der Gewalt des Präsidenten aus. Es ist daher notwendig, daß die Presse der Ordnungspartei die Diskussion dieser großen Fragen, die Aufklärung der Gemüther, die Befestigung der Widerstandsbegierne. Dieses Werk der Reflexion kann offenbar nur mit Hilfe der Presse unternommen und vervollständigt werden, und diesen Augenblick wählt man, um sie von Grund aus zu desorganisieren, um derselben ihre Ansehn und ihre Wirksamkeit zu rauben? Man läßt die Gewehre auseinandernehmen und die Kanonen vermageln in dem Augenblick, wo man zu Felde zieht? — Dies entmuthigt und betrieht uns in der That tief. Das Herz der Laboulaye und die übrigen eraltierten Legitimisten dabei ihre Rechnung finden, die Regierung des Präsidenten zu entwerfen, ihr die Mitwirkung der konservativen Presse zu nehmen, die Diskussion über die Verlängerung der Präsidentschaft zu schwächen, das begreifen wir; allein, was wir nicht begreifen, ist, daß das Ministerium dadurch, daß es ein Gesetz annimmt, wo das Amendement des Linguy's figurirt, seine eigene Entwaffnung und die seiner Freunde zulassen sollte. Der Dider hält die Annahme des Pressesetzes durch Regierung und Majorität für eine unbedenkliche Sache. Knüpft aber folgende sehr bemerkenswerthe Betrachtungen daran: „Was dieses Gesetz und einige andere Maßregeln von derselben Gattung betrifft, die unter der Mitwirkung des gegenwärtigen Ministeriums angebahnt oder vollführt worden sind, so wäre es vielleicht gar nicht so gewagt, den Fall vorherzusagen, daß der Präsident der Republik, wenn er die Majorität nicht bis zu Ende geleitet hätte, und eines Tages in einen entscheidenden Konflikt mit ihr tritt, ihr die Unpopularität

ihre Maßregeln als einen blutigen Vorwurf ins Gesicht schleudern und, gestützt auf seine 5/6 Million Stimmen, auf seine früheren Schriften, auf seine Dankschaft vom 31. October, worin er sich gegen die alten Parteien und ihre Tendenzen erhoben, sogar auf ganz neuerliche Reden, wo er gesagt hat, daß seine wahren Freunde in den Hütten und nicht in den Schlössern sind. Die Vergangenheit damit erklärend und entschuldigend, daß er, wie seine Pflicht war, versucht hat, mit der Majorität zu regieren, daß er aber mit ihr nichts erhalten und nichts hat gründen können, sich eines Tages gegen das Volk zurückwenden wird, um ihm zu sagen: Wähle zwischen dieser reaktionären Majorität und dem Helden Napoleon!“ — Eine Versammlung der Redakteure und Herausgeber der Departementalblätter hat beschlossen, gegen die Wiederwahl aller Botanten gegen das Pressesetz zu wirken.

Osmanisches Reich. Aus Semlin wird der „S. St. Ztg.“ geschrieben, daß der bulgarische Aufstand an Masse zwar gewinnt, jedoch noch immer ohne Organisation, Einheit und Führer sei. Die Bulgaren sollen bei Buzardit acht Kanonen erobert haben. Der Aufstand wird noch immer als Empörung gegen die unmenschlichen Erpressungen und Gewaltthaten der türkischen Beamten charakterisirt.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 16. Juli. Das hiesige Amtsblatt enthält folgende Bekanntmachungen der königl. Behörden:

I. Höherer Anordnung gemäß und um das theilnehmende Publikum vor Verleumdungen, Nachtheilen und Strafen zu schützen, machen wir, unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 1. December v. J., wiederholt darauf aufmerksam, daß der Verth der österreichischen Sechskreuzerstücke aus dem Jahre 1848 noch unserem Gelde nur 1 Egr. 11 Pf. und derer aus dem Jahre 1849 nur 1 Egr. 5 Pf. beträgt.

II. Es wird hierdurch zur Kenntniß des theilnehmenden Publikums gebracht, daß zu der im Jahre 1851 zu London zu eröffnenden Ausstellung von Industrie-Gegegenständen aller Völker nur diejenigen fremden Industrie-Gegegenstände zugelassen werden sollen, die mit Genehmigung der Central-Behörde des Landes, dem sie angehören, eingekauft werden. Die Central-Behörde ist für Preußen, nach Anordnung des königlichen Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, in Berlin gebildet. Kommission für die Industrie-Ausstellung in London. Zur Entgegennahme von Anmeldungen Gewerbetreibender im diesseitigen Verwaltungsbezirk ist in Breslau eine Bezirkskommission gebildet worden. Dieselbe besteht aus dem Landchafts-Representanten Hr. v. Hoyer, dem Kommerzienrath Ruffer, dem Fabrikanten Kommissionsrath Hofmann, dem Fabrik-Direktor Bischoff und den Kaufleuten G. F. Gerhardt, C. G. Kopisch und Em. Löwenfeld, unter dem Vorsitz des Regierungs-Präsidenten v. Wedekind. Die Anmeldung von Ausstellungs-Gegegenständen muß spätestens bis zum 1. August d. J. erfolgen. Sie ist zu richten an die Bezirkskommission für die Londoner Industrie-Ausstellung zu Breslau, abzugeben im Gebäude der königlichen Regierung. — Später eingehende Meldungen haben keine Berücksichtigung.

III. Nachdem die dreißigjährige Feiertage des Bestehens des gemäß allerhöchster Verordnung vom 30. April 1847 gebildeten Ehrenrathes der Rechtsanwälte und Notarien unseres Departements abgelaufen war, wurde am 29. Juni d. J. die Wahl eines Vorsitzenden des Ehrenrathes, so wie die Auscheidung der Hälfte der Mitglieder und Stellvertreter derselben durch das Loos und die Neuwahl selbst bewirkt. — Der Ehrenrath wird nunmehr durch folgende wirkliche Mitglieder gebildet: 1) Justizrath Robe in Hirschberg, 2) Justizrath Beyer, 3) Rechtsanwält Dr. Gays, 4) Rechtsanwält Haupt, 5) Justizrath Red v. Schwarzbach in Sauer, 6) Justizrath Wenzel in Delz, 7) Rechtsanwält Fischer, 8) Justizrath Hahn, 9) Rechtsanwält Weymar, 10) Justizrath Seinedt II. — Stellvertreter sind: 1) Rechtsanwält Eise, 2) Rechtsanwält Ottew in Brieg, 3) Justizrath Schreiber, 4) Justizrath v. Hauertelle zu Trebnitz. — Zum Präsidenten des Ehrenrathes ist von diesem der Justizrath Hahn hierüber ernannt worden.

Breslau, 16. Juli. [Die Mai-Verurtheilten.] Heute früh um 6 Uhr wurde der Privatsekretär Klose mit einem Transport anderer Sträflinge nach Silberberg abgeführt. Der Privatsekretär Meyer ist vorigen Freitag nach dem Buchhause zu Fauer gebracht worden. Cassirer befindet sich noch hier. Gegen ihn schwebt in diesem Augenblicke eine neue Untersuchung, deren Ergebnis der Verurtheilte im hiesigen Inquisitionariat abwarten muß. Es betrifft dieselbe die öffentliche Auslassung Cassirers über die Staatsgerichtsboten, welche im Mai-Prozess gegen ihn gezeugt haben.

Breslau, 16. Juli. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 13. d. entdeckte eine allein wohnende Frau zu ihrem großen Schrecken, daß ihr der seit einer Reihe von Jahren aufbewahrte Sparfennig, bestehend in 450 Thln. entwendet sei. In dem Zeitraum vom 16. Juni bis incl. 22. Juni sind 342 Individuen (ecl. des Bestandes vom 15. Juni von 31 Personen) polizeilich verhaftet worden, und zwar:

	1 männl.	1 weibl.
wegen Einbruch, Diebstahl, Diebstahl-Verdacht, Diebstahlsheerei und Ankauf gestohlenen Gutes	37	17
wegen Betrug	8	6
wegen Widergesetzlichkeit gegen Angeordnete der Obrigkeit	12	1
wegen körperlicher Verletzung anderer Personen	3	—
wegen Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung	12	2
wegen boshafter Beschädigung fremden Eigenthums	2	—
wegen quartierlosem resp. verdächtigem Herumtreiben zur Nachtzeit	45	41
wegen rückfälligen quartierlosem Herumtreiben und lächerlichem Gewerbe	65	71
wegen Mangel an Legitimation	1	—
wegen erstem und rückfälligen Diebstahl	18	—

In Summa 204 männl. 138 weibl. Dagegen sind auf freien Fuß gestellt: 80 männl. 58 weibl. mit Paß entlassen 25 „ 19 „ transportirt 10 „ 1 „ an verschiedene Behörden abgeliefert 86 „ 55 „ gestorben 2 „ — „ In Summa 203 männl. 133 weibl.

Breslau, 16. Juli. [16. Sitzung des Schwurgerichts.] Erster Untersuchungsfall: wider den Oefenhecht Finte wegen 4ten Diebstahls. Der Angeklagte hatte bei dem Gastwirth Fischberg in Neumarkt ein Mittagbrot verzehrt, das er nicht zu bezahlen im Stande war. Ein herbeigekommener Polizeibeamte öffnete den Angeklagten und fand bei ihm ein Stilmesser, welches dem Gastwirth gehörte. Der Verth bestritt betrug 5 Egr. Inzulpark gesteht den Verth der Sache zu, behauptet jedoch, das Messer sei ihm entweder durch einen Fremden in die Tasche gesteckt worden oder durch irgend einen andern Zufall dahin gerathen. Willst du aber er es auch selbst in Gedanken eingesteckt, da er nicht ganz nüchtern gewesen sei.

In Folge der heutigen Beweisaufnahme, die mannigfache Widersprüche in den Aussagen des Angeklagten zum Ergebnis hat, erklären die Geschworenen den Angeklagten für schuldig. Das richterliche Erkenntnis lautet, dem § 1161 gemäß, auf lebenswichtige Zuchthausstrafe.

Zweiter Untersuchungsfall: wider die Tagearbeiter Wunsch und Griefsch wegen vier gewaltsamen Diebstahls; wider die unerschütterliche Griefsch und Jakob wegen Diebstahlsheerei und widerständlicher Theilnahme an den Vertheilern eines Diebstahls. In der Nacht vom 26. zum 27. September v. J. wurden in vier verschiedenen Bauernhöfen des Dorfes Erbschewitz eine bedeutende Anzahl werthvoller Gegenstände durch gewaltsamen Einbruch entwendet. Die Diebstahlsverfolgung am anderen Morgen in die Spur der Diebe und erfuhr bald, daß ein Theil des entwendeten Gutes bei der Frau Gabriel in Grünhü. aufbewahrt wurde. Sie ergraben sich dorthin und hörten, daß die Diebe im Laufe des Nachmittags die Sachen abholen würden. In

